

Ausnahmezustand im Reich.

Dem Reichswehrminister ist die vollziehende Gewalt übertragen worden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Sept. (Wolff.) Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums, auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf die Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Innenminister kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei der Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen.

§ 3. Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden, sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen. Allgemeine Vorschriften des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder der Militärbefehlshaber zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder mit einer Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden. Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Uberschwemmungen), 315, Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach Verkündung dieser Verordnung begangen sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen § 125, Absatz 2 (Mißdelikt und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115, Absatz 2 (Mißdelikt, Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter Widerstand, Gewalt oder Drohung mit Waffen in einem bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 9 dieser Verordnung aufgeführten Straftaten auch die Vergehen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 7. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. September 1923.

Reichspräsident Ebert.

Gegenzeichnet: Reichskanzler Stresemann.

Die Gründe zur Verhängung des Ausnahmezustandes.

Ueber die Gründe, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Reichsregierung geführt haben, melden die Blätter, daß zwar im Augenblick mit einer unmittelbar drohenden Gefahr nicht zu rechnen sei, daß man aber angesichts der hochgespannten politischen Lage es für richtig gehalten habe, etwaigen Störungen der Ordnung rechtzeitig vorzubeugen. Die Raschheit, mit der die Verordnung erlassen ist, beweist, daß sie längst vorbereitet gewesen sein muß. Schon in Stuttgart und auch auf der Konferenz mit den Ruhrvertrern hat der Reichskanzler erklärt, daß, wer diesen Staat stürzen wolle, erst beweisen müsse, daß er der Stärkere ist.

Die Blätter betonen, daß die Reichsregierung mit ihrem Schritt keineswegs eine Kriegserklärung an Bayern aussprechen wollte. Der bayerische Ministerpräsident habe heute vormittag der Reichsregierung mitgeteilt, daß die bayerische Regierung die Ernennung v. Kahr's gerade deshalb vollzogen habe, weil sie von seinem Einfluß auf die rechtsstehenden Elemente in Bayern das Beste für die Erhaltung der Ruhe erhoffe. Der bayerische Ministerpräsident sei überzeugt, daß v. Kahr vollste Loyalität beweisen werde. — Von Kempten und Lindau seien auf Wunsch Kahr's Reichswehrtruppen nach München herangezogen worden, um die dortige Garnison zu verstärken und jeden Putschversuch Hitlers zu vereiteln.

Das „Tagblatt“ hebt hervor, daß die Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf den Reichswehrminister im Reichskabinett einstimmig erfolgt ist. Auch die sozialistischen Minister haben sich, dem Blatt zufolge, dafür ausgesprochen. Auch die Länder seien mit der Maßnahme der Reichsregierung einverstanden.

Wie die Blätter erfahren, dürfte für den Posten eines Zivilkommissars für Preußen der preußische Minister des Innern, Severing, in Frage kommen. Die Ernennung des Zivilkommissars sei noch heute zu erwarten.

Die bayerische Regierung gegen jede separatistische Tendenz.

Berlin, 27. Sept. Wie die „B. Z.“ mitteilt, steht die bayerische Regierung in durchaus loyaler Verbindung mit dem Reichskabinett und weist jede separatistische Tendenz ihrer Schritte entschieden zurück.

General Ludendorff und die Bayerische Volkspartei.

München, 27. Sept. General Ludendorff teilt den „Münchener Neuesten Nachrichten“ unter Bezugnahme auf die Auslassungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz mit, daß er nicht im entferntesten daran denke, eine Revolution in Bayern zu machen. Alles, was ihm in der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz untergeschoben werde, sei glatt erfunden und völlig grundlos.

Rundgebung des Gewerkschaftsrings.

Berlin, 27. Sept. Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsrings erläßt folgende Rundgebung: Der Gewerkschaftsring der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände würdigt, unterstützt und erkennt die zwingenden Gründe an, die die Entscheidung der Reichsregierung beim Abbruch des Ruhrkampfes bestimmten. Die brutale Gewalt hat sich im Weltgeschehen zunächst stärker erwiesen als das eindeutige Recht. Wenn wir nunmehr zum Abbruch dieses stummen und beispiellos heroischen Kampfes der friedlichen Arbeit gegen französische militärische Willkür kommen müssen, so danken wir von ganzem Herzen allen Volksgenossen in der Westmark, insbesondere aber unseren Kollegen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten im Gewerkschaftsring, für alle Opfer, die sie durch ihre Standhaftigkeit für Reich und Volk gebracht haben. Keine deutsche Regierung kann zu irgendwelchen Vereinbarungen mit Frankreich kommen, ohne die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Landes zu sichern und den Opfern im Rhein- und Ruhrkampf Müdte, Heimat und Freiheit zu gewährleisten. In der schwersten Stunde der Geschichte unserer deutschen Nation hoffen wir, daß über alle Trübsal der Gegenwart hinweg das deutsche Volk sich dennoch seinen Weg in die Freiheit bahnen wird. Fest auf dem Boden der Verfassung stehend, wenden wir uns gegen alle Störer des inneren Friedens und gegen jedes fremde Attentat auf die Einheit des Reiches.

Die politischen Parteien Westpreußens.

Königsberg, 27. Sept. Der Führer der politischen Parteien in der Provinz Westpreußen waren für heute zu einer Besprechung der politischen Lage zum Oberpräsidenten geladen. Nach eingehenden Darlegungen des Oberpräsidenten über die gegenwärtige Lage im Reich und in der Provinz erklärten die anwesenden Vertreter sämtlicher politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten in voller Einmütigkeit, daß sie zu ihrem Teil dazu beitragen würden, die Regierung und ihre Bestrebungen zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Interesse der außenpolitischen Sicherung der Provinz nach jeder Richtung zu unterstützen.

Zusammenstöße zwischen Rechtsradikalen und Arbeitern.

Dresden, 27. Sept. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: In Annaberg kam es in der Nacht zum Montag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Arbeitern, die sich am Ausgang der Stadt und am Delberg abspielten, wobei auch geschossen wurde. In dem sehr unübersichtlichen Gelände war ein Eingreifen der Polizei, die von der Waffe keinen Gebrauch machte, sehr erschwert. Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein. Bis jetzt sind ein Toter, fünf Schwer- und 20 Leichtverletzte festgestellt.

Englische Besorgnis?

London, 28. Sept. Die ernste Entwicklung in Deutschland bildet das Hauptthema der gesamten gestrigen Abendpresse. Ueber die Bedeutung der Maßnahmen für Bayern und das Reich erscheint eine beträchtliche Unklarheit zu herrschen. Ein Teil der Presse gibt der Ansicht Ausdruck, die Ausstattung Gethlers mit außerordentlichen Vollmachten für Deutschland sei gegen die bayerische revolutionäre Bewegung gerichtet. Von anderer Seite wird zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung Kahr's den Zweck verfolge, die Bewegung Hitlers niederzuhalten, der von manchen Blättern als Monarchist und von anderen als Kommunist dargestellt wird. In offiziellen Kreisen wird weiterhin die Entwicklung der Dinge mit Besorgnis verfolgt.

Der deutsche Reichstag.

Berlin, 27. Sept. Der Reichstag, der heute nachmittag wieder zusammentrat, wurde um 3 Uhr vom Präsidenten Loebe mit einem Hinweis auf die außerordentlich schwierigen Zeitumstände eröffnet, dem er den Wunsch anschloß, daß die Reichsregierung, gestützt auf das Parlament, stark genug sein möge, um alle Anstürme gegen die einzige deutsche Republik zurückzuweisen. Es entspann sich zunächst eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der die deutsch-völkischen, die deutschnationalen und die kommunistischen Abgeordneten verlangten, daß der Reichskanzler vor dem Reichstag Erklärungen abgebe und in eine politische Aussprache eingetreten werde, und die Kommunisten außerdem, daß die Notverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung aufgehoben werden. Auch die übrigen Parteien erkannten zwar die Notwendigkeit einer baldigen Aussprache an, hielten es jedoch für angebracht, der Regierung zunächst noch einige Tage Zeit zum Handeln zu lassen, wobei betont wurde, daß nach einem Beschluß des Ältestenausschusses die Aussprache am Dienstag stattfinden solle. Die Anträge auf sofortigen Eintritt in die politische Aussprache wurden darum gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt, ebenso die kommunistischen Anträge auf Aussprache über die Notverordnungen gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschnationalen. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten ergab die Abstimmung Annahme der Vorlage mit mehr als zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einzelner Kommunisten. Im gleichen Stimmverhältnis wurden die Ausschüßentzweifelungen über halbmonatliche Zahlung der Teuerungszuschläge an die Beamten und über die gleiche Behandlung der Ruhegehaltsempfänger angenommen. Dann fand der Nachtrag zum Haushaltsetat in allen drei Lesungen Annahme, der die Ausgabe von weiteren 10 Billionen Mark Schatzanweisungen vorsieht. Auch das Postgesetz betreffend die Abänderung aller Summen auf volle 1000 M wurde endgültig angenommen und das Gesetz über die Aenderung des

Maschinen-
Tuttlinger
300 (1400),
upheim plus
— 15 (135),
Nedarulm
astige Werte
r Del — 100
Kommende
0), Kaiser
brand — 45
1000 (3000),
Buder — 80
sburg — 70
nungen vor,

die Lebens-
n des Stati-
auf das 28-
rung gegen-

bstpreise
und als an-
Pfund Ta-
del 3,6—6),
6) Spalier-
5 (2,4—6),
5 (2,5—6),
Gemüßpreise
mstag. Nur

n. Calw.
Calw.

runde und
29. Sept.
findenden

ung

berg.

er, die

g
g
eitig
uteilen.
latt“.

e
rucksachen
nungen,
Preislisten
Blattes.

omie
en
k
waren und
aus.

Nachweisung dem Rechtsausschuß überwiesen. Für die morgen nachmittag 4 Uhr beginnende Sitzung stehen die Aenderung des Bankgesetzes und kommunistische und deutsche nationale Anträge über die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung auf der Tagesordnung.

Aus dem besetzten Gebiet.

Treugelöbnis der Rheinländer.

Köln, 27. Sept. Die politischen Parteien des Rheinlandes planen dem Vernehmen nach, am kommenden Sonntag eine große Massenkundgebung im Grenberger Wäldchen. Die Kundgebung wird ein Treugelöbnis der Rheinländer gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

Sonderbündler und Spahis gegen Deutsche.

Grz. Trier. Obwohl die Sonderbündler vor 14 Tagen einen großen Fehlschlag in Trier erlitten haben, hatten sie für den letzten Sonntag wiederum zu einer Versammlung aufgerufen. Gegen 12 Uhr bemerkte man ein kleines Häuflein von 200 Personen mit zwei zusammengewinkelten Smeetsfahnen dem Versammlungsort zutreiben. Am Nachmittag hatte sich die Zahl auf höchstens 600 erhöht. Die Versammlung fand wie damals im Treviressaal hinter verschlossenen Türen statt. Große Vorsichtsmaßnahmen waren seitens der Befehlsbehörde getroffen worden. Der Zugang zum Palastplatz war durch französische Truppen abgesperrt und in den Anlagen hatte sich eine Kompanie Tirailleurs versammelt, welche Maschinengewehre aufbauten, die von einer Anhöhe herab den Platz beherrschen konnten. Dem Ausruf von deutscher Seite, sich in Massen auf den Straßen zu zeigen, hatte die Bürgerschaft in stiller Zahl Folge gegeben. Bereits mittags war das Zentrum der Stadt dicht besetzt von Deutschgesinnten, die ihrem Unwillen über das Gebahren der Sonderbündler laut Ausdruck gaben. Gegen 3 Uhr kam es in der Nähe des Versammlungsortes zu Zusammenstößen zwischen dem Publikum und den Ordnern der Sonderbündler, wobei eine Person verletzt wurde. Erst gegen 6 Uhr wagten sich die Sonderbündler an die Demonstration. Unter Vorantragen ihrer Fahne und eines Revolvers schritt an der Spitze des Zuges der berüchtigte Sonderbündler Marzen, hinter ihm eine Kapelle, die allerdings, da die Bevölkerung eine drohende Haltung einnahm, am Spielen verhindert war. Als der Zug sich in Bewegung setzte, erscholl aus der Bürgerschaft heraus ein lautes Hohnen und Brüllen. Es kam zu Handgreiflichkeiten, da die Menge versuchte, den Zug auseinanderzutreiben. Die Verwirrung wurde noch erhöht, als plötzlich in schnellstem Tempo ein Auto erschien, in dem sich Smeets befand, der es allerdings vorzog, sich sofort zum Bahnhof zu begeben, anscheinend, um wieder abzufahren. Bald darauf erschienen zwei Schwadronen französischer Kolonialtruppen. Es kam zum Handgemenge, wobei etwa 25-30 Schüsse von den Sonderbündlern in die Menge hinein abgefeuert wurden. Es wurden drei Personen verletzt, darunter einer schwer. Viele Personen wurden außerdem durch Stockhiebe verletzt.

Aufhebung der Todesstrafe.

Brüssel, 27. Sept. Nach einer Meldung der Agence Belge hat der König nach einem Vortrag des Justizministers eingewilligt, daß die auf Todesstrafe lautenden Urteile im Grassprozeß in Freiheitsstrafen umgewandelt werden. Nach einer weiteren Meldung hat der König die Todesurteile in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt.

Schicksalswende.

Kr. Kr. Wir Deutsche, soweit wir uns als eine einheitliche Nation, als die Volksgenossenschaft eines einheitlichen Staates fühlen, stehen im Augenblick vor einer Wende unseres Schicksals, deren Ausmaß wir noch nicht übersehen, nur ahnen können. Daß die Gebiete am Rhein, die reichsten, edelsten der deutschen Republik, nicht mehr zu unserem Staatsverband gehören, haben

die letzten Wochen jedem, der sehen und hören kann und sehen und hören will, eindeutig genug offenbart. Kein Mensch im Ausland, der politisch und wirtschaftlich denkt, rechnet anders und eine Illusion aufrechterhalten zu wollen, daß dem nicht so sei, könnte nur weiter verhängnisvoll für das deutsche Volk werden. Die ganze französische Politik ist, verstanden wir das doch nicht, auf die Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reich eingestellt. Welchen Namen diese Loslösung zur moralischen Bemängelung erhält, ist ganz gleichgültig. Daß der an dieser Veränderung des politischen Bestandes in Europa am meisten interessierte Staat, England, garnicht daran denkt, Frankreich in seiner Rheinpolitik zu hindern, beweisen die Ferienfahrten der englischen Staatsmänner, beweist das neudokumentierte Einverständnis Baldwin-Poincaré, beweist das Schweigen des englischen Vertreters in der Rheinlandkommission zu allen Verhandlungen, die nichts als Vorbereitungen zu der Gesamtlösung bedeuten.

Die erste Aeußerung Frankreichs zu dem Entschluß der deutschen Regierung, den Widerstand an Rhein und Ruhr aufzugeben, unterstreicht die Bedeutung dieser Handlung für Deutschland. „Ein neues Kapitel in der Geschichte Europas ist eröffnet“, erklärt der „Petit Parisien“. Daß in diesem Kapitel Deutschland ohne die rheinischen Gebiete figurieren wird, ist für jedermann selbstverständlich, der nicht noch weiter mit Illusionen spielen will.

Welches Verhängnis die Abtrennung der rheinischen Gebiete aber für das Deutsche Reich bedeuten wird, hat der Berichterstatter der „Coe Nouvelle“, Jean Florence, in seinem von einzigartiger Klarheit der Erkenntnis aller rheinischen Probleme, der französischen und deutschen, erfüllten Artikel vom 13. August ausgesprochen. Schon die Bildung eines rheinischen Sonderstaates erklärt er für eine Katastrophe, die zum Zusammenbruch des Reiches führen könnte. „Selbst wenn, wie es wahrscheinlich ist, das übrige Reich in enger Einigkeit verbunden bliebe“, Daß aber der unabhängige Rheinstaat nichts weiter als ein koloniales Anhängsel Frankreichs sein würde, haben die verschiedenen Aeußerungen französischer Politiker in den letzten Jahren, haben vor allem die in französischem Solde und unter französischem Schutz arbeitenden „Politiker“ zur Genüge bewiesen. Daß die Bestrebungen der französischen Politik nach dieser unerhörten Niederlage, die der Rechtsgebirge in den Rheinländern erlitten, auch zum äußeren Erfolg führen wird, dürfte wohl nicht mehr zweifelhaft sein, nicht mehr zweifelhaft aber auch die Folgen in Deutschland.

Sollen wir nun die Flinte ins Korn werfen und alles hinhinnehmen als vom Schicksal gegeben? Wir würden uns dann selbst aufgeben, wir müßten dann darauf verzichten, ein Staatswesen deutscher Nation zu sein. Wir glauben, daß noch immer der Geist über das Materielle gesiegt hat, wir glauben, daß noch immer die Idee über Gewalt triumphiert hat und so bleibt uns die Gewißheit, daß auch am Rhein die deutsche Idee doch eines Tages in voller Freiheit wieder walten kann, wenn — und das ist die erste Bedingung hierfür — das deutsche Volk die Idee seiner nationalen Freiheit als die höchste sittliche Aufgabe allen seinen Handlungen zu Grunde legt. Der Geist, der Nährvater der Idee, ist frei. Wie frei er ist, dafür bietet das Saargebiet uns allen ein leuchtendes Vorbild. Dort hat unter dem Druck der französischen Herrschaft die deutsche Idee jeden einzelnen ergriffen, dort ist alles, trotz materieller und moralischer Bedrängnis, jeder einzelne auf das höchste sittliche Ideal seiner nationalen Freiheit eingestellt. So ist es im Rheinland und wird es noch glühender in den Jahren der Finsternis, die kommen werden, aufleuchten. Und dieselbe Glut des Idealismus muß auch das deutsche Volk ergreifen.

Es darf nicht mehr geschehen, daß das deutsche Volk, die ganze öffentliche Meinung wie in den Jahren der bisherigen Besatzungszeit das Schicksal der Deutschen im Westen als etwas hinnimmt, das uns nichts angeht. Es darf nicht mehr geschehen, daß nur Einzelschicksale rheinischer Menschen, die von unerhörter

Grauenhaftigkeit sind, dem deutschen Volk bekanntgegeben werden und nur ein Mitleid, das jedem Menschen zukommen muß, erregen. Darauf kommt es dem Rheinländer nicht an. Kein Volkstamm im Deutschen Reich fühlt so ausgesprochen deutsch wie der Rheinländer, kein Volkstamm wird infolge seiner geschichtlichen Vergangenheit so einzig und allein von deutschen Gefühlen bestimmt, denkt so frei von allem Partikularismus wie der rheinische. Wie die rheinischen Gebiete die Wiege deutscher Kultur sind, so sollen sie auch der Quell des deutschen Nationalgefühls werden. Das zu erkennen und diese Erkenntnis bis in die fernste deutsche Volksschicht zu tragen, ist das heiligste Vermächtnis, das die losgetrennten Rheinlande heute jedem deutschen Politiker, jedem Führer der öffentlichen Meinung in Deutschland ans Herz legen. Die rheinischen Gebiete dürfen kein zweites Elsaß werden, das, seinerzeit losgelöst von dem Reich, bei dem deutschen Volke in Vergessenheit geriet. Und geistig von den Nachbarn erobert wird. Man hat den Rheinländern gesagt: bleibt uns so treu, wie die Franzosen der okkupierten Gebiete während des Krieges treu geblieben sind. Die Rheinländer haben ein Recht, demgegenüber daran zu erinnern, daß jene Franzosen damals aber auch wußten, daß ihre Volksgenossen jenseits der Schützengräben ihre letzte Kraft an Gut und Blut aufboten, um sie zu befreien. Die Befreiung durch blutigen Krieg erwarten die Rheinländer nicht, denn sie haben ja gerade die Besatzung der Fremden ertragen in dem Bewußtsein, dadurch dem blutigen Krieg ein Ende zu machen. Aber den Einsatz der äußersten und letzten ideellen Kräfte, das erwarten sie von jedem Deutschen. Sie haben ein Recht dazu. Und als deutsche Volksgenossen sogar die Pflicht, denn sie erkennen besser und klarer das Ziel, das fremde Kräfte im Rheinland gegen das deutsche Volk verfolgen.

Es darf nicht mehr geschehen, daß die französischen Kräfte, die nach dem Rheinland streben, in der französischen Presse die nach ihrer Ansicht rechtlichen und moralischen Grundlagen propagieren, während die deutsche Presse nicht über bloße Reportagen, den Ereignissen folgend, hinauskommt. Nur hierdurch ist es geschehen, daß die Frage der Rheinlande zum internationalen Problem geworden ist, das die Welt mit den Augen der französischen Politik sieht. Doppelt schwer ist deshalb die Aufgabe der deutschen Publizistik. Sie muß sich gerade jetzt zum Träger, zum Führer der deutschen öffentlichen Meinung machen und so auch den deutschen Gedanken in der Meinung der Welt vertreten. Kann es eine heiligere Aufgabe geben gerade für die Presse des Freiheitsgedankens?

In diesen Gedanken müssen die Deutschen aller Stämme, aller Parteirichtungen, aller sonstigen Strebungen zusammenstehen, zusammenstehen mit den Rheinländern. In diesem Zeichen der Einigkeit werden sie den Sieg erringen, den höchsten Sieg der politischen und geistigen Freiheit alles dessen, was deutsch heißt. Ohne diese Freiheit gibt es kein Deutschland mehr. Die Freiheit ist das höchste Ideal aller Republikaner. Die Freiheit der deutschen Menschen muß das Ideal einer deutschen Republik sein. Wer die Krone dieser Freiheit aus dem uralten Sagenstrom des Deutschen Reiches, dem Rheine erhebt, der soll Führer des deutschen Volkes sein.

Zu dem Beschluß der Reichsregierung betreffend den Abbau des passiven Widerstandes bemerkt die „Kölnische Volkszeitung“: „Deutschland hat den ersten Schritt getan. Wir wollen Klarheit haben. Wir wollen sie von Frankreich. Es ist möglich darüber zu rechten, wie lange der passive Widerstand noch hätte aufrecht erhalten werden können oder ob er im Abbröckeln begriffen ist. Es war nur zu unterzuchen, ob er für uns noch einen Aktivposten bedeutete. Nun kann Frankreich zeigen, ob es Wort hält. Will es uns zerbrechen trotz allem, dann möge es wissen, daß die Stunde gekommen ist, wo wir mit allen Fasern unseres Willens und mit allen Kräften, die uns gegeben sind, mit der Liebe, die uns an den Rhein und an die Heimat kettet, die Auferstehung der deutschen Freiheit wiederzugewinnen trachten werden.“

27;

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

„Dann liebst du Rüdiger!“ entschied Nenni fast zornig. „Natürlich, sonst könnte dir das nicht recht sein. Aber —“ setzte sie nachdenklich hinzu, „Rüdiger ist ja auch ein prächtiger Mensch, während Benno ... vielleicht sollte ich es nicht aussprechen, aber dir kann ich es ja sagen — Bennos Aeußere ist mir schrecklich! Ich kann seinen Anblick manchmal gar nicht ertragen! Sein Aeußeres widersteht mir — sein Wesen auch — alles!“

„Aber Nenni — Nenni!“

„Ach ja! Ich weiß nicht, ob du mir das nachfühlen kannst — nein, wahrhaftig nicht, aber es ist so! Und das Schreckliche ist, daß er mich so liebt, immer mit Zärtlichkeiten kommt, die mir zuwider sind. Immer muß er mich berühren, und die Mama auch; immer sind sie voll Kühlung alle beide. Das machte mich schon immer zappelig und unruhig, aber jetzt — geradezu rasend macht es mich. Ich kann es nicht ertragen, Steffi!“

Nenni schluchzte auf und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen. Erschrocken beugte Steffani sich über sie, versuchte sie zu beruhigen: „Liebe, Liebste, du bist noch zu angegriffen, das ist alles; das wird sich wieder geben, Nennchen, sobald du wieder ganz wohl sein wirst, nicht wahr?“

Nenni weinte leise weiter, ohne zu antworten, dann schluchzte sie halbverständlich: „Ich hätte ihn nicht heiraten sollen, niemand hätte mir zureden dürfen.“

„Er hat dich so lieb, Nenni, und jetzt hast du dein reizendes gesundes Bäckchen.“

„Wenn der Junge aber ihm ähnlich wird, das ertrage ich nicht, dann kann ich ihn nicht liebhaben!“

Steffani hob das Kindchen aus seinem Bett. Nun öffnete es die Augen, hübsche dunkle Augen, die sie groß

anstaunten. Das runde dicke Gesichtchen sah so pudrig aus mit der winzigen Nase und dem kleinen Mündchen, Steffani mußte es anlachen. Sie legte den Kleinen auf Nennis Bett, wickelte ihn auf, wohligh streckte er die rosigen Gliederchen und stieß behagliche Laute aus. Auf der Wickelkommode lagen Windeln bereit, und rasch mit kundiger Hand legte sie den Kleinen trocken.

„So — nun ist ihm wieder wohl,“ sagte sie und nahm ihn auf. Sein rundes Köpfchen zeigte keine Spur von Haaren, und unwillkürlich dachte Steffani: „Ganz der Papa!“ Aber zugleich entdeckte sie, daß die Wimpern dunkel waren, machte Nenni darauf aufmerksam und meinte, der Junge würde dunkle Haare bekommen. Davon wollte Nenni sich sogleich überzeugen. Steffani gab ihr das Kind hin, das, wieder unruhig geworden, zu schreien begann.

Da eilte Frau Bommel aus dem Nebenzimmer herbei, aber Steffani kam ihr zuvor und legte das Kind Nenni an die Brust. Das Geschrei verstummte, und mit strahlendem Lächeln sah die junge Mutter auf ihr Kind; für den Augenblick vergaß sie ganz, daß es Benno ähnlich sehen könnte, und daß sie es dann nicht liebhaben würde.

„Es ist noch eine Viertelstunde bis zu seiner Zeit,“ sagte mißbilligend Frau Bommel; „mir ist es ja egal, aber die gnädige Frau Mama will es doch nicht haben.“

Gerade öffnete sich die Türe, und Frau v. Bodener kam herein: „Na, ich sehe schon, Annchen, daß du deinen Jungen grenzenlos verwöhnen wirst.“

„Soll sie auch,“ sagte Benno, der hinter ihr hereinkam. Dann küßte er Steffani die Hand, nicht einmal, sondern gleich mehrmals hintereinander. „Ist er nicht ein Prachtkind?“ fragte er strahlend, und seine kleinen blauen Augen füllten sich mit Tränen der Rührung.

„Wirklich ein Prachtkind!“ bestätigte Steffani.

„Und ganz sein Vater!“ sagte stolz die Großmama.

„Ja — ganz der Papa!“ war auch Frau Bommels sachverständige Meinung.

Nenni runzelte leicht die Brauen, sah rasch zu Steffani auf, die ihr beruhigend zulächelte.

Dann mußte sie mit Frau v. Bodener in deren altmodischem Salon, der geradezu unglücklich geschmacklos war, Tee trinken, und Nennis Schwiegermutter erzählte ihr lebhaft Geschichten aus Bennos Kindheit. Danach mußte er nicht nur ein Musterknabe, sondern auch ein Wunderkind gewesen sein, und es war ganz unbegreiflich, daß er sich mit den Jahren nicht zu einem Genie ausgewachsen hatte.

Steffani war sehr nachdenklich, als sie gegen Abend nach Doñned zurückfuhr. Wie ein Schlag an ihr Herz war es gewesen, als Nenni ausgerufen: „Dann liebst du Rüdiger!“ — War es möglich, daß sie ihn liebte?

Sie versuchte, das, was sie für ihn empfand, zu prüfen, und konnte sich doch nicht darüber klar werden, ob es Liebe war. Sie sah zu ihm auf — ja —, und ein Wort des Tadels aus seinem Munde tat ihr weh; zeigte er ihr ein kaltes, gleichgültiges Gesicht, so beunruhigte sie das immer. Dagegen fühlte sie sich froh und glücklich, wenn der warme Blick in seinen Augen aufleuchtete, den sie so sehr darin liebte, wenn er sie ansah — so, wie Kleinpeterchen sie ansah — voll Liebe!

Durch Zärtlichkeiten hatte er sie nie verwöhnt, daß sie ihr hätten lästig werden können, und niemals, auch ganz zu Anfang ihrer Ehe, als er ihr noch so fremd war, empfand sie Widerwillen gegen ihn. Er war immer sehr zartfühlend gewesen und voll Schonung gegen sie; nie hatte er ihr Empfinden irgendwie verletzt. Seine Strenge, sein Ernst und zuweilen auch eine ihr unerklärliche Kälte beunruhigten sie oft und dann sehnte sie sich sogar nach einem freundlichen Wort und Blick von ihm, ja nach einer Liebfloßung.

Bermischte Nachrichten.

Erdbeben in Teheran.

London, 25. Sept. Reuter meldet aus Teheran: In Buchrud (Provinz Charassan) wurden durch ein Erdbeben am Donnerstag mehrere Dörfer vollständig zerstört. 123 Personen wurden getötet und etwa 100 verletzt. Die Erdstöße dauern noch an.

Die Süßmilchhändler in Paris.

Paris, 26. Sept. Nach dem „Deuvre“ ging es gestern in den Wandelgängen des Quai d'Orsay sehr lebhaft zu. Der offizielle Vertreter des Faschismus in Paris, umgeben von einer Gruppe italienischer Journalisten, habe sich gegen die Räumung von Korfu mit einer Lebhaftigkeit ausgesprochen, die gewisse Leute — wenigstens an diesem Ort — für etwas übertrieben gehalten hätten.

Bittäh? — Nicht wahr? — Nicht?!

Sprachungezogenheiten unserer Zeit.

Von Leo Erichsen.

Zu den vielen Anzeichen des Niederganges unseres Volkes gesellt sich neuerdings eine erschreckende Niederlichkeit im Sprechen, eine völlige Nachlässigkeit in der Bildung der Sätze, eine starke Rückwärtslosigkeit gegen den Zuhörer. Eine derartige Unsitte, die von Tag zu Tag zunimmt, ist die Gegenfrage: „Bitte?!“, trotzdem man den Sprechenden gut verstanden hat. Wir fragen: „Wo haben Sie dieses Mal Ihren Sommerurlaub verbracht?“ und erhalten prompt als Antwort: „Bittäh?!“; im Augenblick, da wir uns anschießen diese Frage, die offenbar nicht verstanden wurde, zu wiederholen, fährt der andere fort: „Ich war dieses Mal im Riesengebirge, auf der Rüdterreise ein paar Tage in Dresden.“ Oder: „Was kostet dieser Gegenstand?“ — „Bittäh?! er kostet 100 000 Mark.“

Eine andere Unart, die offenbar noch tiefer eingewurzelt ist, ist die übliche Gewohnheit, mit einem „Nichtwahr?“ oder „Nicht?“ grundlos zu unterbrechen. Wir fragen in einer fremden Stadt einen uns gänzlich Unbekannten: „Verzeihung, wo ist die Schillerstraße?“ Und er: „Die Schillerstraße? Da gehen Sie geradezu, nichtwahr? dann kommen Sie an einem Schuhgeschäft vorbei, nicht? gleich dahinter kommt eine schmale Straße, nichtwahr? die gehen Sie bis zum Ende durch, nichtwahr? dann sehen Sie schon die Schillerstraße.“

Diese Unsitte verrät nicht nur eine Trägheit und Bequemlichkeit im Denken, es macht sich auch ein Anlehnungsbedürfnis, meist unbewußt aus dem Gefühl der Unsicherheit heraus, geltend und wer psychologisch das Entstehen dieser Unsitte analysiert, kommt vielleicht zur Wurzel: man fühlt die Wirkung der ewigen Anklagen aus der halben Welt wie aus dem eigenen Lager und man hat das Bedürfnis, jeden Augenblick die Bestätigung der Richtigkeit seiner Handlungen zu erfahren; so versichert man sich immer wieder der Zustimmung des Zuhörenden. Die Energie der Verantwortung ist geschwunden.

Alle diese Sprachungezogenheiten kennzeichnen den Tiefstand unseres Volkes. Eine kraftvolle Nation pflegt ihre Sprache und legt auf Korrektheit im Ausdruck Wert. Es ist im Interesse unseres Volkes dringend nötig, der Sprache wieder schöpferische Kraft und dem Ausdruck schöpferische Selbständigkeit zu geben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. September 1923.

Verordnung des militärischen Befehlshabers des Wehrkreises V.

(SCB) Stuttgart, 27. Sept. (Verordnung des Reichspräsidenten.) Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

Sie konnte Nenni wohl nachfühlen, aber nicht aus Erfahrung, nur weil sie in ihre Lage sich hineindenken konnte, und sie erschaute, stellte sie sich vor, daß es ihr ebenso wie Nenni hätte ergehen können, wenn — ja wenn Rüdiger nicht der Mann gewesen wäre, der er war. Rüdigers ruhiges, zartfühlendes Wesen hatte sie nie die Demütigung empfinden lassen, die eine stolze Frau empfinden muß, wenn sie an einen ungeliebten Mann sich gebunden fühlt. Benno allerdings — so gutmütig er war — blieb ein derber Burche, der wohl kaum ahnte, was Zartgefühl war.

Und plötzlich tauchten die Fragen in ihr auf: Wie wird Philipp Werden sein? Wie wird es Lotti ergehen, die noch viel empfindsamer ist, als Nenni? Wird sie wie diese — zu spät — zu schmerzlichen Erkennen gelangen? —

Als sie nach dem Abendessen mit Rüdiger vor dem Kaminfeuer saß, das wegen des kühlen Frühlingabends angezündet worden war, überfiel sie wieder das Grübeln über Liebe und Ehe.

„Wie oft“, dachte sie, „heirateten Mädchen, die kaum dem Kindesalter entwachsen sind, aus reiner Unwissenheit einen Mann, der ihrem Herzen völlig fremd ist, und sind dann für ihr ganzes Leben an einen Menschen gefesselt, den sie nicht lieben können; und eine Erlösung ist dann die Trennung, wenn sie möglich ist. Wie entsetzlich, wenn dazu noch äußere Mängel und gefühlstremdes Wesen den Mann der Frau zuwider machen. Arme Nenni!“

Steffani sah von der leichtsten Handarbeit, die sie vorgenommen, auf und betrachtete verstohlen Rüdiger, der eine Zeitung las und rauchte, so langsam, daß der Rauch nicht belästigte. Er saß in einem Stuhl mit hoher, steiler Lehne, etwas vornübergebeugt, und sein Gesicht hob sich, von der Seite gesehen, scharf von dem dunkelroten Stoffüberzug der Stuhllehne ab. Die strenggeformten Lippen waren fest geschlossen; man konnte diesem Mund ansehen,

1) Der militärische Ausnahmezustand ist für das Reich verhängt.

2) Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt, demzufolge sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschl. der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, die Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

3) Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.

4) Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung dieser Verordnung begangen sind.

5) Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt im Wehrkreis V dem Generalleutnant Reinhardt für den Bereich dieses Wehrkreises übertragen.

Der Wehrkreis V umfaßt von Preußen die Provinz Hessen-Nassau, den Regierungsbezirk Erfurt und Hohenzollern, ferner Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Waldeck.

Siezu bestimme ich:

1) Sämtliche Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit. Der Gang der Verwaltung bleibt unverändert.

2) Von der Bevölkerung erwarte ich, daß sie den etwa erforderlich werdenden Anordnungen unbedingt Folge leistet; jeden Versuch, die öffentliche Ordnung und Ruhe zu stören, werde ich unterdrücken.

Der militärische Befehlshaber:

gez. Reinhardt,
Generalleutnant.

Befehlshaber im Wehrkreis V
und Kommandeur der 5. Division.

Beschlagnahme der Südb. Arbeiterzeitung.

(SCB) Stuttgart, 26. Sept. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ von heute wurde auf Antrag des Polizeipräsidenten auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 10. August, betreffend Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, beschlagnahmt wegen eines Artikels „Proletarische Frauen und Revolution.“

Zeichen der Zeit.

Das Kommando entsendet seine Boten.

Das wundgetret'ne Herz des Volkes zukt.

Solch bitt're Zeit vertreibt man nicht mit Noten, —

Und seien sie auch noch so hoch bedruckt.

Anna Enders-Diz.

Neue Telegrammgebühren.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. Oktober 1923 an: für Ferntelegramme: Grundgebühr 6 Mill. und außerdem für jedes Wort 3 Millionen; Ortstelegramme: Grundgebühr 3 Mill., und außerdem für jedes Wort 1,5 Mill.; für Zustellung bei ungenügender Anschrift 9 Mill.; für Vorauszahlung der Silberbestellung (X) 12 Mill.; für Stundung der Telegraphengebühren 2 v. H. des Rechnungsbetrags, außerdem für jedes Telegramm 1,5 Mill.; für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 900 Mill., für regelmäßige besondere Zustellung jährlich 900 Mill. Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammanschriften sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis zum 30. September 1923 zum 1. Oktober 1923 gekündigt werden. Fern-

daß er gut zu schweigen verstand. Die Augen gesenkt, wurden von sehr dichten, schwarzen Wimpern bedeckt; ganz wie Steffani es bei Peterchen beobachtet, zog Rüdiger beim Lesen die Brauen zusammen. Ihr Blick folgte der geraden Linie der Stirn und herab bis zu dem energisch vortretenden Kinn; alles war genau so, nur etwas weicher, bei Peterchen angedeutet. Nein, dieses Gesicht war ihr lieb, schon durch die Wehnlichkeit, die es mit Peterchens geliebtem Gesicht hatte. Nichts war ihr zuwider an Rüdiger, in seinem Äußeren nichts und auch nichts an seinem Wesen.

Also hatte Nenni vielleicht recht gehabt, und ich liebe Rüdiger — Liebe ich ihn...?

Diese Frage, die zu beantworten sie nicht wagte, ergriff Steffani so sehr, daß ihr Herz sekundenlang zu schlagen aufhörte.

An einem schönen Maienmorgen stand Steffani auf dem freien Platz vor den Rosen und sah zu, wie Fenner, der Gärtner, die Stöcke frisch aufsand und säuberte.

Kenner war beim Kauf von Dohneck mit übernommen worden, ein gnomenhaftes Männchen, mit kurzen Beinen und langen Armen, das Gesicht, aus dem eine dicke, rote Nase leuchtete, von Wind und Wetter gegerbt und von einem rötlichen Bartkranz umrahmt. Er bastelte mit vorgeschobener Unterlippe an seinen Rosen herum, und seine kleinen, tief liegenden Augen blinzelten dabei unter buschigen rotroten Brauen hervor. Steffani unterhielt sich gern mit ihm, weil seine eigentümliche Ausdrucksweise ihr gefiel; Kenner hatte über Welt und Menschen eine ganz besondere eigene Meinung, von der er nicht abzubringen war. Herr v. Wagnitz, der die Leute zu beehren liebte, hatte dem kleinen Mann einmal eingehend auseinandergesetzt, daß nicht die Sonne um die Erde sich drehe, sondern im Gegenteil die Sonne ganz stillstehe, während die Erde

sprechgebühren vom 1. Oktober an. Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 4 Mill. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, in Ortsnetzen mit mehr als 50 bis einschließlich 1000 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, bei mehr als 1000 bis 10 000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, bei mehr als 10 000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometern einschl. 4 Mill., von mehr als 5 bis 15 Km. einschl. 8 Mill., von mehr als 15 bis 25 Km. einschl. 12 Mill., von mehr als 25 bis 50 Km. 24 Mill., von mehr als 50 bis 100 Km. 36 Mill., darüber für jede angefangene 100 Km. mehr 12 Mill. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blißgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Vortagsanmeldung 4 Mill., Auskunftsgebühr 4 Mill., Streichungsgebühr für Gespräche 4 Mill., X, B, oder N-Gespräche für 1 Person je 16 Mill., für jede weitere Person 8 Mill., Unfallmeldegebühr 24 Mill.

Handwerkerkrankenkasse.

Die Handwerkerkrankenkasse hatte am 24. September im Landtagsgewerbenemuseum ihre Jahresversammlung, die einen günstigen Rechenschaftsbericht für 1922 entgegennahm. Neuwahlen vornahm und über Tarif- und Satzungsänderungen beriet. Zum Mitglied in den Vorstand wurde für den Handwerkerbezirk Reutlingen Glashnermeister Essig in Calw gewählt. Beim wichtigsten Punkt der Tagesordnung waren sich alle Vertreter darin einig, daß die Kasse mehr als bisher mit der Zeit gehen muß. Der vorgelegte neue wertbeständige Tarif wurde daher einmütig angenommen. Dieser Tarif sichert nun Leistungen, die ganz von selbst mit der Teuerung und Geldentwertung gehen, indem Festmarkbeträge festgesetzt sind, die mit der jeweils geltenden Teuerungsziffer (Reichsindexziffer) multipliziert werden. In gleicher Weise berechnet sich der Beitrag, für den 2 M für die Versicherung der ganzen Familie als Grundbetrag festgesetzt sind. Um aus dem neuen Tarif das wichtigste hervorzuheben, so gewährt die Kasse volle Apotheke- und Krankenhauskostenvergütung und erstattet die Arztkosten in der Weise, daß den Mitgliedern für jede Beratung 1 M und für jeden Hausbesuch des Arztes 2 M, multipliziert mit der neuesten Teuerungsziffer, vergütet werden. Ein besonderer Satz für Weggeder ist vorgesehen, womit an solche Mitglieder gedacht ist, die abwärts vom Arzt wohnen. Noch andere ansehnliche Leistungen sind vorgesehen, wie Heilmittel, Zahnbehandlung, Wochenhilfe, Sterbegeld. Der vollständige Tarif erscheint in der Zeitung „Das wirtl. Handwerk“. — In einer lebhaften Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß die Erhaltung der selbständigen Handwerkerkrankenkasse für den gewerblichen Mittelstand von größter Bedeutung ist und ihre Förderung mit allen Mitteln angestrebt werden muß. In allen Innungen muß für die Kasse geworben und auf ihren großen Wert in der heutigen Zeit hingewiesen werden. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Sene, bezeichnete sie als die Rettungsstation vor dem Elend, das den Handwerker bedroht.

Gebühren und Abgaben.

(SCB) Stuttgart, 26. Sept. Durch eine Verordnung des Staatsministeriums sind die Gebühren und Abgaben nach dem Allgemeinen Sporteltarif in der Fassung der Ueberlicht nach dem Stande vom 1. April 1922 vom bisherigen Vierteltausendfachen auf das Fünfhunderttausendfache erhöht worden. Für einzelne Nummern des Sporteltarifs sind besondere Sätze bestimmt und wieder andere Nummern sind von der Erhöhung ausgenommen worden. Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

sie umkreise; Kenner hatte ihm aufmerksam zugehört und dann, mit seinen Augenlein verschminkt zu ihm aufblinzeln, erwidert: „Na ja, Herr Baron — meeglich ist's, aber ich glob's nicht!“

Heute brummte er über die Mäuse: „Das Angezieser verunrujert e enem die scheensten Rosen, Frau Gräfin, alle Wurzeln hat die Karnalje wieder abgefressen, bei der Dieschese Dalanglang ist reine nicht mehr lebrig. Aber warum? — Weil die Rosen mit Buchsbaum eingefaßt sinn, Frau Gräfin, der Buchsbaum is Sie nämlich den Mäusen ihre Redirade.“

„Wirklich?“ fragte Steffani, die nicht recht begriff, wie das gemeint war.

„Nämlich“, erklärte Kenner, „da kann Keener dem Viehgeiß bei im Buchsbaum, daderum rediriren sich die Karnaljen nein!“

„Ach so!“

Das kleine Männchen zwinkerte freundlich zu ihr auf und sagte zutraulich: „Frau Gräfin sehen nu wieder viel geistreicher aus als wie zuerst; Se waren doch recht heruntergekommen in der Stadt hinne.“

„Heruntergekommen?“

„Na ja, freilich! Nicht so recht allert um die Dogen, meene ich, aber die gute Luft heraufen hat Ihnen schnell wieder uffgemöbelt.“

Jetzt kam Rüdiger auf die Veranda, ein Telegramm in der Hand. Er sah Steffani bei den Rosen stehen, ihr helles Kleid leuchtete gegen das Grün, und ihr Gesicht, das sorglos und heiter schien, war von der Sonne warm beschienen. Zögernd blieb er stehen, aber schon hatte sie ihn bemerkt, kam auf ihn zu, und er ging ihr langsam entgegen. Da gewahrte sie das Blatt in seiner Rechten, und ihr Gesicht nahm einen gespannten Ausdruck an, eine bange Frage spiegelte sich in ihren Augen. (Fortf. folgt.)

(ECB) Heidenheim, 25. Sept. Der Stationsarbeiter Philipp Althammer ist bei Ausübung seines Berufs verunglückt und kam mit dem Kopf unter die Räder einer Maschine, so daß er alsbald tot war. Er ist 31 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe und drei Kinder. — Aus einem Hof in der Friedensstraße wurde einem Kriegsinvaliden das Fahrrad gestohlen. Dieser ist bei Ausübung seiner Tätigkeit auf ein Rad angewiesen.

(ECB) Kirchheim, 25. Sept. Jugendliche Hamsterer haben in der letzten Woche in verschiedenen Ortschaften des Bezirks Mehl und Kartoffeln gehamstert. Das Mehl verlaufen sie in Kirchheim zu einer Million pro Pfund. Der Erlös genügte dem Verkäufer aber nicht, er entwendete dem Käufer noch 120 Millionen in bar. Das Geld wurde durch die Polizei wieder beigebracht.

(ECB) Mugglingen, 26. Sept. Der älteste Sohn eines Bürgers hefte seinen Hund auf die Hüner einer Witwe, der eines derart zürchtete, daß es nahezu verendete. Tags darauf bot sich dasselbe Bild. Die Witwe verbat sich dies energisch. Der junge Bengel stürzte sich auf die wehrlose 53jährige Frau, würgte sie solange, bis sie nicht mehr atmen konnte und stieß ihr den Kopf gegen die Wand. Nun ließ aber der Köhling noch nicht von seinem Opfer ab, sondern schlug sie mit beiden Fäusten ins Gesicht und in den Rücken, bis die Frau zusammenbrach. Sie mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angenommen.

(ECB) Ulm, 27. Sept. In der letzten Gemeinderats-sitzung wurde bekannt, daß dem Oberbürgermeister Dr. Schwammberger eine Säbelforderung durch den Gemeinderat Dr. Kirchgeorg im Auftrag des Syndikus Dr. Schmid überbracht worden ist, die der Oberbürgermeister aber ablehnte. Die Sache entstand dadurch, daß in einer Verhandlung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Speiditeur Körpel auch der Syndikus, Rechtsanwalt Dr. Schmid im Rathaus erschien und im Laufe des Gesprächs Einwendungen erhob, die den Oberbürgermeister zu der Bemerkung veranlaßten, er könne sich auf juristische Spitzfindigkeiten nicht einlassen, ferner zu einer Äußerung an Körpel, daß er besser allein gekommen wäre. Daraufhin erhielt er noch am selben Tage von Dr. Kirchgeorg im Namen von dessen Bundesbruder Schmid die Säbelforderung. Dr. Schwammberger erzählte weiter, daß er bei dieser Gelegenheit zu Kirchgeorg gesagt habe, es sei eine Bubenart, in heutiger Zeit solche Geschichten zu machen, die man schließlich hinnehmen könne, solange man Student sei. Darauf habe er, als seine eigene Verbindung sich einmischte, sich bei dieser abgemeldet, sein studentisches Band zurückgegeben, den Fall der Kreisregierung angezeigt, an das Justizministerium

einen Bericht gemacht und schließlich die ganze Angelegenheit in die Hände der Staatsanwaltschaft gelegt. Gemeinderat Dr. Kirchgeorg rechtfertigte sein Verhalten damit, daß er einfach den Auftrag eines Bundesbruders auszuführen hatte. Es sei gar nicht zu erwarten gewesen, daß der Herr Oberbürgermeister sich nachher so benehme. Wenn der Oberbürgermeister jetzt von studentischer Bubenart spreche, seien das nur neue Beleidigungen, ähnlich wie der Oberbürgermeister auch bei der Unterredung mit Körpel die Haltung vollständig verloren gehabt habe. Daß Dr. Schwammberger nicht auf Säbel antrete, beweise, daß der Mut bei ihm nicht weit her sei. Das habe der Oberbürgermeister schon einmal bewiesen, als er bei Unruhen in der Stadt zwei Tage davonlief und dem alten Gemeinderat Schefold die Geschäfte überließ.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	142 756 000 Mk.
1 Goldmark	33 989 523 Mk.
1 Schweiz. Franken	25 463 500 Mk.
1 franz. Franken	8 721 750 Mk.
1 Lire	6 516 250 Mk.
1 holländ. Gulden	56 940 000 Mk.

Devisenmittelskurs.

Berlin, 27. Sept. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelskurs des Dollars ist heute, am 27. 9. 1923, 142,4 Millionen.

Die Preisentwicklung.

Berlin, 27. Sept. Der gegen das Ende der Berichtswoche eingetretenen Senkung des Dollarkurses sind die Preise der Einfuhr, sowie der börsenmäßig gehandelten Waren im allgemeinen gefolgt, während die Preise namentlich der animalischen Lebensmittel inländischen Ursprungs, sowie die Kohlenpreise ihre Aufwärtsbewegung noch fortsetzten. Im Gesamtdurchschnitt ergibt die auf den Stichtag (25. September) berechnete Großhandelsindexziffer das 36,2 Millionenfache der Vorkriegszeit und verzehrt somit auf etwa dem Stand vom 18. September (36 Millionenfache). Während der Dollar in der gleichen Zeit von 150 Millionen auf 121 Millionen Mark oder um 19,3 Proz. zurückging, ging das Goldniveau der Großhandelsziffer von 108 Gold auf 125,7 Gold. Im einzelnen hat sich das Preisniveau der Einfuhrwaren vom 49,5 Millionenfachen auf das 44,2 Millionenfache oder um 10,8 Prozent gesenkt, während die Lebensmittel im Großhandel vom 23,6 Millionenfachen auf das 26 Millionen-

fache oder um 10,4 Proz., die Inlandswaren vom 33,3 Millionenfachen auf das 34,7 Millionenfache oder um 4 Prozent anjogen.

Landesproduktenbörse.

(ECB) Stuttgart, 27. Sept. Durch den Rückgang der Devisen ist die Stimmung ruhiger geworden. Geschäfte kommen kaum zustande. Es notierten je 100 Kilogramm: Weizen 620 bis 640 (am 24. Sept.: 620—650), Sommergerste 530—550 (540 bis 560), Roggen 530—560 (unv.), Hafer 500—520 (500—530), Weizenmehl 1100—1300 (1200—1400), Brotmehl 900—1050 (1000 bis 1150), Kleie 250—275 (275—300), Weizenheu 60—80 (unv.), Kleeheu 70—90 (unv.), Stroh 70—80 (unv.).

(ECB) Stuttgart, 27. Sept. Die Mehgerinnung hat die Fleischpreise mit Wirkung vom Freitag ab ermäßigt wie folgt: Ochsen- und Rindfleisch I. 36 Mill. (—3 Mill.), Rindfleisch II. 32 (—3), Kuhfleisch I. 30 (—2), II. 24—25 (—1), Kalbfleisch 42 (—2), Schweinefleisch 54 (—6), Hammelfleisch 40 (unv.), Schafffleisch 28—32 (—4) Millionen Mark.

Märkte.

(ECB) Weilderstadt, 27. Sept. (Schweinemarkt.) Die Zufuhr bestand aus 162 Milchschweinen. Bezahlt wurde für erste Sorte 800—850 Mill., 2. Sorte 700 Mill., 3. Sorte 450—500 Millionen das Paar. Käufer waren zahlreich am Plage, doch wurde wenig gehandelt. Infolge der hohen Forderungen gab es einen kleinen Ueberstand.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Betriebskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gottesdienst.

18. Sonntag nach Dreiein., 30. Sept. B. T. 323.
8 Uhr: Frühpredigt, Stadtpf. Lang. ¼10 Uhr: Hauptpredigt, Dekan Zeller. Eingangslieb Nr. 549, Brich herein.
¼11 Uhr: Sonntagschule. Keine Christenlehre.
Donnerstag, 4. Oktober, Bibelstunde.

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag, 30. Sept. 8 Uhr: Frühmesse, ¼10 Uhr: Predigt und Amt, 2 Uhr: Andacht.
Montag, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.
Vertags hl. Messe ¼8 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, 30. Sept. ¼10 Uhr: Predigt, 11 Uhr: Sonntagschule, 8 Uhr: Predigt.
Mittwoch, 8 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.
Stammheim: ¼10 Uhr: Predigt, ¼2 Uhr: Predigt.
Mittwoch, 8 ¼ Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw, Druck und Verlag der V. Oelshöfer'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung.

Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Septemberpreise beschlossen:

Gas in Calw 5,3 Millionen, in Hirsau 6 Millionen Mark,

Strom für Licht 10 Millionen, für Kraft 7 Millionen Mark je cbm oder KWS.

Strom-Zählermiete für Zähler bis 3 Amp. 3,5 Millionen (10 Pfg.) für Stützähler 1,7 Millionen (5 Pfg.), größere Zähler mehr; jeder erste Lichtzähler ist mietefrei.

Als Wasserzins für 1. 7. bis 30. 9. 1923 werden die 5000fachen Grundgebühren erhoben.

Ferner wird ab 1. Oktober der

Vorverkauf für Gas und Strom

eingeführt, der es jedermann ermöglicht, sich 2mal im Monat den Bedarf für insgesamt 2 Monate vorzukaufen. Die Preise betragen hieteil für Gas in Calw 16, in Hirsau 18 Goldpfennig pro cbm, Lichtstrom 35, für Kraftstrom 25 Goldpfennig pro KWS. Für die Umrechnung in Papiermark gilt der lehtbekannte amtliche Berliner Goldmarkkurs. Mindestkurs für Oktober 35 000 000.—

Der Vorverkauf erfolgt täglich vormittags auf dem Rathaus Zimmer 1.

Im Zusammenhang damit machen wir bekannt, daß die städt. Kassen nur noch Bargeld und Schecks auf hiesige Banken in Zahlung nehmen.

Calw, den 28. September 1923.

Städt. techn. Werke.

Kinderrettungsanstalt Stammheim

Unser in früheren Jahren am Pfingstmontag abgehaltene

Jahresfest

findet nach 4jähriger Unterbrechung wieder am Sonntag, den 30. September, statt und laden dazu herzlich ein. Beginn des Festgottesdienstes nachmittags 1 Uhr in der Kirche.

Im Anschluß daran dürfen wir

Hausweihe

halten.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es mit Gottes und vieler treuer Menschen Hilfe gelungen, für viele hilfsbedürftige Kleinkinder, sowie für unsere schulentlassenen Zöglinge ein schönes, sonniges Heim zu erstellen. Auch das schwere Brandunglück vom 7. Mai ds. Js. durfte das begonnene Werk nicht hindern. Wir sagen nochmals warmen Dank für alle erwiesene Teilnahme und Hilfeleistung. Besonders dankbar erwähnen dürfen wir eine reiche Gabe, die uns durch Vermittlung einer Calwer Familie aus Detschdorf in Südafrika zugewiesen wurde.

Der Verwaltungsrat: Dekan Zeller.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Der Umrechnungssatz für die

Landabgabe

beträgt für die Zeit vom 29. September bis 2. Oktober einschließlich für 1 Goldmark

31 900 000 Mk. Papiermark.

Hirsau, den 27. September 1923.

Finanzamt.

J. B.: Eisele, St.-A.

Dreschmaschinen

mit und ohne Puzerei

Mostereien Schrotmühlen

Horizontal-Mahlgänge

verschiedener Größe, sowie

fämtliche landwirt. Maschinen

und Geräte

empfeht

Wilh. Wackenhuth

Maschinenwerkstätte. Fernspr. 142.

Bad Teinach.

Gasthof „Hirsch“ geschlossen.

Krankenpflege-Berein Calw.

Der Verein ist genötigt, zum Zweck der Selbsterhaltung sich den heutigen Geldverhältnissen anzupassen. Er steht augenblicklich vor einer Millardenausgabe, da auch das Diakonissenhaus bei seiner Berechnung den Friedenssatz zugrunde legen mußte. Doch begnügt es sich vorläufig mit einem Drittel des früheren Betrages. Der Krankenpflege-Berein schließt sich diesem Modus an. Die sammelnden Damen werden in den allerersten Tagen den Beitrag für das 3. Jahresviertel (Juli-September) unter Zugrundelegung des Jahresmittelsatzes von 2,40 Goldmark, bei obiger Berechnung also 20 Goldpfennige = 7 Millionen Mark, von den Mitgliedern einzahlen. Normal Verdienende werden um einen höheren Betrag gebeten, da die Ansetzung von ¼ des Friedenssatzes nur ein Versuch ist. So nur kann der Verein nichtverdienenden ihren Verhältnissen entsprechend entgegenkommen.

Der Richter.

Altmetall

wie

Rupfer, Zinn,

Blei, Messing

usw.

kauft laufend

als Selbstverbraucher.

E. Wackenhuth,

Kupferschmied,

Fernsprecher Nr. 121

Stücke für sofort oder auf

15. Okt. fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Wirtschaft

bei zeitgemäßem Lohn.

Frau Mina Schewerle,

Mehgerei und Wirtschaft.

Vertausche ein

Einstellrind

gegen Frucht.

Wer, sagt die Geschäfts-

stelle ds. Bl.

Seifen- und Schuh-

creme-Fabrikation

im Hause

richten wir ein.

Dauernde u. sichere Existenz,

besondere Räume nicht nötig.

Ausk. kostenlos. Rückp. erw.

Chemische Fabrik

Heinrich & Münker,

Zeig-Altisdorf.

für den Bezirk Calw

sind auf der Geschäftsstelle

ds. Bl. erhältlich, das Stück

zu Mk. 20.—.

Am Samstag, 29. September, nachmittags

2 Uhr, findet im Saale des Badischen Hofes

eine

politische Versammlung

statt.

Redner

sind die

Herren Landtagsabgeordneten Hornung

und Dingler.

Der Bezirksvorsitzende des Bauernbundes:

Hanselmann.

Papierholz — Langholz

Brennholz

sowie

Stangen und Waldbestände

kauft laufend

Gottlieb Pfeiffer, Calw

Fernsprecher 146.

Mühlweg 240.

Für 18 Pfund Weizen

oder 24 Pfund Haber

erhalten Sie das

Calwer Tagblatt

ein ganzes Vierteljahr.

Bei dieser Bezugsart ist jegliche

Nachforderung ausgeschlossen.

Kaufe ständig

Eichele

per Pfund Mk. 200 000.—

Geftügelhof J. Schweizer,

Hirsau.

Einen gutenhaltenen

Liegesportwagen

zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäfts-

stelle ds. Bl.

Rundge

Berlin

Biete, Zu

Befestigen

deutschen

Kampf im

Bedürfnis

nocheinma

alles das,

gelan und

für das U

del, Indu

mern, den

Beamten,

Kommuna

ihre Treu

Gesundhei

ob sie bis

Was von

zu Lindu

Kampfes

Baterlan

sungen de

men mit

neue Arb

fen, sowei

Mafnah

sehen fo

Stellen z

tehten Ge

Kürzester

Berlin

tigte sich

mit der

biet betr

der Rei

gen den

fiven M

Kreisen

Belehun

Einleitu

der Arb

tionsfrag

Zeitung

Antrag

Beträcht

lung des

Rhein u

Aufträge

gehende

Paris

eine Gr

teilt wir